

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 896846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Rolf Niese MdB zum zukünftigen Umgang mit den Republikanern und der NPD im politisch-parlamentarischen Bereich: Die rechten Ultras ausgrenzen.

Seite 1

Konrad Gilges MdB zu einer Form modernen Söldnertums: Libyen-Einsatz von Bundeswehrangehörigen restlos aufklären.

Seite 5

44. Jahrgang / 52

15. März 1989

Die rechten Ultras ausgrenzen

Zum zukünftigen Umgang mit den Republikanern und der NPD im politisch-parlamentarischen Bereich

Von Dr. Rolf Niese MdB

Das Ergebnis der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar und der Kommunalwahlen am 12. März in Hessen haben nicht nur den weiteren Machtverlust der konservativen Regierungskoalition beschleunigt, sondern auch zwei neue Parteien auf die politisch-parlamentarische Bühne gehoben: die Republikaner und (erneut) die NPD.

An dieser Stelle sollen keine weitreichenden Analysen über die soziale, demographische usw. Situation ihrer Wähler und Wählerinnen erfolgen. Stattdessen sollen hier zwei wesentliche Thesen diskutiert werden:

1. Das Versagen der Medien und der demoskopischen Institute, die diesen politischen Erdbeben am rechten Rand in seiner ganzen Tragweite weder erkannt noch thematisiert haben und dieser plötzlichen Entwicklung scheinbar hilflos gegenüberstanden und stehen.
2. Die Abgehobenheit der Bonner Parteien, einschließlich der Grünen, die sich der sozialen und politischen Sprengkraft, die derzeit in der Konkurrenz von sozial schlechter gestellten Bundesbürgern gegenüber Aussiedlern, Ausländern und Asylanten um Arbeitsplätze und Wohnungen besteht, nicht bewußt waren und den feinen Spürsinn dafür „Was die Menschen bewegt“ offensichtlich verloren haben.

Aber selbst dort, wo eine partielle Wahrnehmung dieses Problems durch die genannten gesellschaftlichen Akteure erfolgte, wurde keine rechtzeitige, ideologiefreie Analyse der Situation vorgenommen, die die Entwicklung geeigneter Gegenstrategien erlaubt hätte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Umwelt
freundliches Rohmaterial
Kunststoffpapier



Die Trendsetter unserer Medienlandschaft, die ansonsten jede neue Entwicklung sofort aufgreifen und medienwirksam umsetzen, haben die bestehenden Probleme viel zu spät thematisiert. Die konkrete Erfahrung von Sozialhilfeempfängern, Langzeitarbeitslosen usw. im vermeintlichen oder tatsächlichen Konkurrenzkampf gegenüber Aussiedlern, Ausländern und Asylanten vor Ort, wurde sorgsam ausgeklammert, um bloß „keine schlafenden Hunde zu wecken“. So schwierig und heikel der Umgang mit diesem Thema ist, eine sensible Behandlung des Problems scheint im Nachhinein angemessen gewesen zu sein.

Aber auch die politischen Akteure und Meinungsbildner haben versagt und sind die notwendigen Antworten auf die bestehenden Fragen schuldig geblieben.

Zwar hat es auf Seiten der CDU/CSU an verbalen Scharfmachern mit agitatorischen Kraftakten gegenüber Ausländern und Asylanten in der Vergangenheit nicht gefehlt. Allerdings fehlten solchen Ankündigungen in den Augen der Wähler rechtsextremer Parteien die für sie konkret erfahrbare Umsetzung; das heißt, eine Verbesserung ihrer sozialen Situation. Mit dem Zustrom der Aussiedler aus den Staaten des Warschauer Paktes zerbrachen schließlich bei den Anhängern und Wählern der Republikaner und der NPD vollends die Erwartungen auf eine „härtere Gangart“ in der Ausländerpolitik durch die Bundesregierung.

Die CDU/CSU steckt dabei in einem tiefen Dilemma. Ihre Unterscheidung zwischen Asylanten und Ausländern einerseits und deutschen Aussiedlern andererseits wird aufgrund der Konkurrenzsituation von einer immer größer werdenden Bevölkerungsgruppe nicht mehr nachvollzogen, Gleichzeitig aber kann die Bundesregierung auch keine, im Kern andere Aussiedlerpolitik betreiben, wenn sie nicht wesentliche Essentials ihrer Ideologie in der Deutschlandpolitik aufgeben will. Dieser ideologische Spagat aber ist einem nicht unbedeutenden Teil ihrer eigenen Wählerklientel nicht mehr zu vermitteln. Auch die jetzt betriebene, politische Zweigleisigkeit in der Ausländer- und Asylpolitik - die CDU für's Feine, die CSU für's Grobe - wird mittelfristig keine erneute Anbindung ultrarechter Wähler an die CDU und CSU bewirken.

Das politisch linke Spektrum steht in dieser Frage nur scheinbar besser da. Zwar sind hier im wesentlichen keine ausländerfeindlichen Regungen festzustellen gewesen, von einigen anti-israelischen Attacken in der extremen Linken einmal abgesehen. Aber eine realistische, thematische Analyse und Darstellung der bestehenden sozialpolitischen Konfliktsituation hat auch hier nicht stattgefunden. Stattdessen beschränkte sie sich, wie zum Beispiel in der Diskussion über das Asylrecht, auf normative Grundsätze, ethische Appelle und die Beschwörung des Vermächtnisses, das sich aus der deutschen Geschichte ergibt.

Diese letztlich unzureichende Politik ist eine direkte Folge der gesellschaftspolitischen Vernachlässigung originärer sozialer Randgruppen.

Die sozialwissenschaftliche und politische Beschäftigung mit sozialen Randgruppen während der 70er Jahre wurde zugunsten einer schwerpunktmäßigen Beschäftigung mit alternativen pressure-groups in den 80er Jahren aufgegeben, da man in ihnen eher Träger politischer und gesellschaftlicher Veränderungen sah. Diese alleinige sozialwissenschaftliche und politische Beschäftigung mit den Alternativgruppen hat eine große wissenschaftstheoretische Lücke gerissen, deren Theoriedefizite jetzt schwerwiegende gesellschaftliche und politische Versäumnisse zur Folge haben.

Die Darstellung der konkreten Lebenssituation von Asylbewerbern, Arbeitsimmigranten und Aussiedlern mit dem Ziel, zur Akzeptanz ihres (vorübergehenden) Verbleibs oder dauerhaften Aufenthalts in der Bundesrepublik beizutragen, muß zwangsläufig an der Erfahrungswelt einer sozialen Unterschicht vorbeigehen, die sich in ähnlichen sozialen Lebensverhältnissen wiederfindet. Der bloße moralische Appell „Seid lieb zueinander“ kann nicht eine zukunftsorientierte Politik ersetzen, die handfeste Perspektiven für eine sozialpolitische Veränderung der Lebensverhältnisse der sozialen Unterschicht anbietet.

Auch die Sozialdemokratie hat in diesem Punkt geschlafen und demzufolge einen erhöhten Nachholbedarf, wenn es ihr zukünftig gelingen will, zumindest einen Teil ihres klassischen Wählerpotentials, das sich jetzt den Republikanern und der NPD zugewendet hat, wieder zurückzugewinnen.

Dabei hätte in der Vergangenheit ein Blick über die bundesdeutschen Grenzen hinaus ausgereicht, die sich jetzt anbahnende - und in Zukunft sicher noch anwachsende - Xenophobie in der Bevölkerung wahrzunehmen. Das Erstarken der Rechtsradikalen in Frankreich und die ethnisch bedingten Auseinandersetzungen in einigen Großstädten Großbritanniens hätten auch für die Bundesrepublik eine weitsichtigeren Analyse der gesellschaftlichen Situation unter veränderten sozialen Rahmenbedingungen ermöglicht, und die drohende politische Radikalisierung auf der rechten Seite nicht nur frühzeitig erkennbar, sondern auch durch sozialpolitische Gegenstrategien begrenzen machen können.

Doch dafür scheint es jetzt zu spät zu sein. Die provinzielle Sicht- und Handlungsweise findet denn auch in der Bonner Regierungspolitik ihre Entsprechung. Die verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung hat durch die Umverteilungspolitik von unten nach oben eine große Gruppe von Unterprivilegierten entstehen lassen. Innerhalb dieser Gruppe finden inzwischen regelrechte Verelendungsprozesse statt, die von Rechtsextremen geschickt ausgenutzt und instrumentalisiert werden. Die hierdurch entstehende politische Radikalisierung wird in den nächsten Jahren für politischen Zündstoff sorgen und könnte die politische Parteienlandschaft nachhaltig verändern.

Neuesten Umfrageergebnissen zufolge sind derzeit bundesweit zwischen vier und sieben Prozent der Wähler bereit, die Republikaner zu wählen. Dieser Trend hat sich bei den Kommunalwahlen nicht nur bestätigt, sondern auch verschärft. Die hohen Stimmgewinne der NPD beweisen, daß die feinsinnige konservative Unterscheidung zwischen den nicht ganz „so bösen“ Republikanern und der „schlimmen“ NPD für einen nicht unbeachtlichen Teil der Bundesbürger vollkommen gleichgültig ist. Es muß davon ausgegangen werden, daß der Prozentsatz von ultrakonservativen und rechtsradikalen Wählern noch ansteigt, zumindest aber auf absehbare Zeit bestehen bleibt.

In diesem Jahr finden neben der Europawahl nicht weniger als vier weitere Kommunalwahlen in den Ländern Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg statt. Dabei haben alle diese Wahlen in den Augen vieler Bundesbürger zwei Eigenschaften gemeinsam, die sich partiell verhängnisvoll auswirken könnten:

1. Aufgrund der allgemeinen Stimmungslage (Wahlmüdigkeit, Europaletargie) wird diesen Wahlen keine so große Bedeutung beigemessen.
2. Die Neigung zur Wahlenthaltung einerseits und/oder zur Protestwahl andererseits steigt.

Die unmittelbare Folge eines solchen Wahlverhaltens ist, daß auch bei relativ geringen Stimmengewinnen ein Einzug in das Europaparlament beziehungsweise in die Kommunalparlamente auch für kleinere politische Gruppen wahrscheinlicher wird.

Entscheidend dabei ist jedoch, inwieweit die Personaldecke der Republikaner bei den kommenden Wahlen reicht und wie sich das zukünftige Verhältnis zu anderen rechtsextremen Gruppen - hauptsächlich allerdings zur NPD - entwickelt. Es bedarf keiner hellseherischen Fähigkeiten, um festzustellen, daß der derzeitige Prozeß der gegenseitigen Paralisierung bald einer wie immer gearteten Kooperation weichen wird.

In der Folge werden in einer ganzen Reihe von Kommunalparlamenten aufgrund fehlender absoluter Mehrheiten Konstellationen für Koalitionen entstehen, die auch die Republikaner und die NPD koalitions- und damit salonfähig machen könnten.

Gerade in den unionsregierten Bundesländern wird die Neigung eine zu schwache oder nicht mehr existente FDP zugunsten der Republikaner auszutauschen, wenn dies eine Mehrheitsbildung in einem Kommunalparlament notwendig macht, verstärkt zunehmen.

Direkte Koalitionen mit der NPD werden aber aus Gründen der politischen Hygiene wahrscheinlich zunächst unterbleiben. Aber auch große Koalitionen zwischen CDU und SPD sind denkbar, ebenso wie zwischen SPD und FDP oder SPD und Grünen. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist ein buntgestrickter, kommunaler Koalitionsteppich, der sich 1990 durch zwei weitere Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Bayern über fast die ganze Republik erstrecken kann.

Sind die Republikaner aber erst einmal durch Koalitionsregierungen in verschiedenen Kommunalparlamenten vertreten, bewirkt die normative Kraft des Faktischen auch weitere Wahlerfolge bei den Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Saarland und Bayern im Jahr 1990. Die jetzt einsetzende, hektische Regierungspolitik, wie zum Beispiel beim Wohnungsbau, kann erst mittel- und langfristig Wirkung zeigen und dieser Entwicklung den Nährboden entziehen. In der Zwischenzeit jedoch könnten sich die ultra- bis rechtsradikalen politischen Kräfte in der Bundesrepublik derart etabliert haben, daß sie als neue politische Partei aus der Bundestagswahl 1991 hervorgehen.

Dieser Herausforderung gilt es entgegenzutreten. Die Sozialdemokratie darf sich nicht darauf verlassen, daß ihr qua Machtverlust von CDU und FDP ein Regierungswechsel (mit oder ohne den Grünen) einfach zufällt. Auch das gute Wahlergebnis in Berlin, das einen Machtwechsel möglich macht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor auch dort eine Mehrheit im bürgerlich-konservativen Lager steht.

Wenn die rechtsextremen Parteien nicht mittelfristig bei den nächsten Kommunalwahlen hoffähig gemacht und bereits bei den nächsten Landes- und Bundestagswahlen als neue, zusätzliche Partei(en) in die Landesparlamente und den Deutschen Bundestag einziehen soll(en), ist es jetzt notwendig, eine neue Sozialpolitik zu initiieren, die allen Unterprivilegierten, Deutschen wie Ausländern, zukünftige Lebensperspektiven eröffnet.

Diese Politik darf sich nicht mehr länger alleine auf moralische und ethische Grundsatzpositionen beschränken, sondern erfordert analytische Weitsicht und politisches Engagement.

Gleichzeitig müssen die Sozialdemokraten auf allen politischen Ebenen Koalitionen suchen, die jegliche Regierungsbeteiligung der Republikaner oder der NPD verhindert. Eine eindeutige Koalitionseussage zugunsten eines bestimmten politischen Spektrum muß vermieden werden. Die Kommunalwahlen in diesem Jahr stellen dabei zugleich eine Gefahr und eine Chance dar. Aufgrund der vielfältigen persönlichen Kontakte, die zwischen den verschiedenen Parteien oftmals vorhanden sind, besteht die Chance für eine Vielzahl bunter Koalitionen, wenn es darum geht, eine Regierungsbeteiligung rechtsextremer Parteien zu verhindern.

Unterbleiben solche Anstrengungen und kommen, wenn zunächst auch nur vereinzelt, Regierungskoalitionen zwischen der CDU/CSU und den rechtsextremistischen Parteien zustande, so ist dies ein verhängnisvoller Weg, der kontinuierlich von den Kommunalparlamenten über die Landesparlamente bis hinein in den Bundestag führen kann.

Unerfreuliche Prognosen müssen nicht immer eintreffen; im Gegenteil, sie werden ja gemacht, um ihr Eintreffen zu verhindern.

Deshalb ist es notwendig, überall dort, wo keine absoluten Mehrheiten bestehen, Koalitionen zu bilden, die die Republikaner ausgrenzen und dorthin zurückbringen, wo sie hingehören: Auf den Misthaufen der Geschichte.

(-/15.3.1989/rs/ks)

* * *

Bundeswehrangehöriger als „moderner Söldner“ in Libyen

Die Bundesregierung muß das Parlament unverzüglich und umfassend unterrichten

Von Konrad Gilges MdB

Eine Randbemerkung im Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung bundesdeutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen ließ aufhorchen. Da hieß es im Zusammenhang mit den „Intec-Lieferungen“, daß die Bundesregierung prüfe, ob ein Angehöriger oder mehrere Angehörige der Bundeswehr während oder nach ihrer Bundeswehrzeit vor Ort in Libyen in das Projekt Luftbetankung einbezogen waren. Nach Rabta ein zweiter Libyen-Skandal?

Seit dieser Feststellung gab es keine weiteren Hinweise. Doch als vergangenen Donnerstag der Auswärtige Ausschuß des US-Senats zu einer Sitzung zusammentrat, um über die C-Waffen-Produktion in Libyen zu reden, kam wieder Bewegung in die Sache. Aufgrund des Berichts der Bundesregierung über die Beteiligung bundesdeutscher Firmen an der C-Waffen-Fabrik in Libyen berichtete der Direktor des Central Intelligence Agency (CIA), William H. Webster, in nichtöffentlicher Sitzung über die mögliche Beteiligung bundesdeutscher Soldaten am Projekt Luftbetankung in Libyen. Wußte der US-Senat besser über die Aktivitäten von Bundeswehrangehörigen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland Bescheid, als der Deutsche Bundestag? Webster hatte auf die Frage eines Senators, ob es denn stimme, daß Bundeswehrangehörige in Libyen tätig waren, geantwortet: Darauf wolle er nur in der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses antworten, aber die Frage danach „treffe in's Schwarze“.

Seit einigen Tagen wissen auch wir mehr über ein neues Kapitel im Libyen-Skandal. Und wieder hat die Bundesregierung in Sachen Information die unrühmliche Rolle des Verschweigens gespielt, obwohl doch anscheinend Volksvertreter in anderen Ländern besser Bescheid wußten.

Auf meine Frage, ob die Bundesregierung neue Erkenntnisse über die Hinweise besitze, daß ein Angehöriger oder mehrere Angehörige der Bundeswehr während oder nach ihrer Bundeswehr-

zeit vor Ort in Libyen in das Projekt Luftbetankung einbezogen waren, antwortete das Bundesverteidigungsministerium:

„Es besteht der begründete Verdacht, daß von 1986 bis Sommer 1988 ein damaliger Soldat der Bundeswehr und jetziger Reservist im Rahmen einer dienstzeitbeendenden Maßnahme des Berufsförderungsdienstes unter Freistellung vom militärischen Dienst einen Scheinvertrag mit einer Ausbildungsfirma abgeschlossen hat und sich während des Zeitraums der Freistellung im Auftrag der angeblichen Ausbildungsfirma in Libyen aufgehalten hat, um an der Umrüstung von Flugzeugen der dortigen Streitkräfte mitzuwirken. Gegen den ehemaligen Soldaten wurde Strafanzeige erstattet. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Der strafrechtliche Anfangsverdacht betrifft den Umstand, daß sich der ehemalige Soldat Leistungen des Bundes vom Berufsförderungsdienst erschlichen haben könnte. Weitere strafrechtliche Aspekte sind nicht ersichtlich.“

Hier wird ein neuer Skandal sichtbar, der dem Ansehen der Bundesrepublik in der Welt weiter Schaden zufügen könnte. Es besteht der begründete Verdacht, daß mit Hilfe eines Angehörigen der Bundeswehr libysche Militärflugzeuge so umgerüstet wurden, daß sie bisher unerreichbar erscheinende Gebiete angreifen könnten. Nicht nur, daß bundesdeutsche Waffen in Krisengebiete geliefert und in Kriegen eingesetzt werden. Jetzt wird ein „modernes Söldnertum“ sichtbar, von dem wir anscheinend nur Vermutungen haben können.

Ohne Zweifel kann sich keiner hundertprozentig vor den kriminellen Machenschaften einzelner schützen, auch die Bundeswehr nicht. Aber es ist doch schon ein starkes Stück, wenn ein Soldat und jetziger Reservist im Rahmen einer dienstzeitbeendenden Maßnahme des Berufsförderungsdienstes unter Freistellung vom militärischen Dienst einem anderen Land seine Kenntnisse anbietet und an der Umrüstung von Flugzeugen mitarbeitet, ohne daß die bundesdeutsche Öffentlichkeit informiert wird.

Sind möglicherweise weitere Angehörige der Bundeswehr während oder nach ihrer Dienstzeit einer Zweitbeschäftigung als „moderner Söldner“ nachgegangen? Besteht der Verdacht, daß weitere bundesdeutsche Firmen in Libyen „militärische Entwicklungshilfe“ geleistet haben? Hat das Bundesverteidigungsministerium auch dienstrechtliche Maßnahmen gegen den Soldaten eingeleitet?

Die Bundesregierung sollte hier schnell und umfassend informieren, um weiteren Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.

(-/15.3.1989/rs/ks)

* * *